

Mainz, 12.08.2010

A n t r a g

der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine starke Europäische Union: Euro sichern - Krisen im Euroraum gemeinsam überwinden

I.

Die Europäische Union steht derzeit vor einer Vielzahl substantieller Herausforderungen. Die übermäßige Verschuldung mehrerer EU-Staaten, verbunden mit Sparzwängen der öffentlichen Hand, mit Sozialabbau und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit vor allem auch von Jugendlichen, der Zustrom von Migranten und Asylsuchenden und auch die noch nicht überwundenen Folgen der EU-Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten haben dazu geführt, dass die Orientierung auf dem europäischen Einigungsweg weitgehend verloren gegangen ist. In der derzeitigen Banken-, Schulden- und Währungsunion gerät vielfach aus dem Blick, dass Europa ein politisches Projekt ist, für das es sich zu streiten lohnt.

Mehr als 60 Jahre Frieden, wirtschaftlicher Wohlstand sowie innere und äußere Sicherheit stehen auf der Habenseite. Die EU ist mehr als eine Wettbewerbsunion, deren Mitglieder um Investitionen und Arbeitsplätze konkurrieren. Sie verfügt über gemeinsame Werte und demokratische Entscheidungsverfahren. Wir alle gewinnen durch Europa: Durch die offenen europäischen Grenzen lernen wir uns besser kennen und interessieren wir uns für einander. Vor allem junge Menschen lernen die Sprachen der Nachbarn, sind neugierig aufeinander. Europa ist ein Europa der Wissenschaften und der vielfältigen europäischen Kulturen, der Literaturen und der Musik. Von der Einführung des Euro profitieren Beschäftigte und Unternehmen. Die Wirtschafts- und Währungsunion und der gemeinsame Binnenmarkt sind wichtige und unverzichtbare Bestandteile der Europäischen Union.

Für Rheinland-Pfalz als eine europäische Kernregion gibt es deshalb aus wirtschaftlichen, aber auch aus geographischen, historischen und aus vielen anderen Gründen zur Fortsetzung der europäischen Einigung keine Alternative. In der gegenwärtigen Situation sind jedoch mutige Schritte notwendig mit dem Ziel, die derzeitige Krise zu überwinden und dabei das in Europa Erreichte nicht in Gefahr zu bringen.

II.

Ausgangspunkt der derzeitigen Krise des Euroraums war die Krise des griechischen Staatshaushalts. Inzwischen wurde auch die übermäßige Verschuldung anderer EU-Staaten deutlich und zwingt zu einem raschen Handeln. Die reine Fokussierung auf Schuldenabbau ist dabei kein Erfolgsrezept. Die

Konsolidierung der Staatsfinanzen gelingt auf Dauer nur mit einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum, das für Steuereinnahmen und langfristige Perspektiven sorgt. Den betroffenen Ländern muss im Interesse aller europäischen Mitgliedstaaten geholfen werden. Ein dauerhafter Krisenabwehrmechanismus mit klaren und glaubhaften Regeln zur Gläubigerbeteiligung, zum Schuldenabbau und zur Regulierung der Finanzmärkte muss geschaffen werden, um einen europäischen Wachstumspakt zu ergänzen.

Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen. Durch die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 21. Juli 2011 wurden Griechenland neue Hilfszusagen über 109 Mrd. EUR gemacht und die Laufzeiten auch für dessen bestehende Hilfskredite und Anlagen verlängert. Ferner wurden durch die Beschlüsse die Einsatzmöglichkeiten des europäischen Rettungsschirms „Europäische Stabilisierungsfazilität“ (EFSF) erweitert. Künftig kann der Rettungsfonds Staaten, deren Refinanzierung an den Kapitalmärkten sich zunehmend kritisch entwickelt, gegen Sparmaßnahmen flexible Kreditlinien einräumen. Darüber hinaus kann der Fonds Staatsanleihen am Sekundärmarkt kaufen, wenn deren Verzinsung zu stark ansteigt und eine Zahlungsunfähigkeit der betroffenen Staaten droht.

III.

Die Krise in der Europäischen Währungsunion dauert jedoch an. Gemeinsam mit den Problemen der Staatsverschuldung in den USA und den Entwicklungen an den Finanzmärkten führt dies zu einer großen Verunsicherung der Menschen. Ihr wird mit einer weiteren Stückwerkpolitik nicht beizukommen sein. Dabei muss Deutschland seiner Verantwortung für die europäische Idee nachkommen. Die jüngsten Entwicklungen an den Kapitalmärkten haben gezeigt, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um zu einer durchgreifenden Stabilisierung der Euro-Zone zu gelangen. Vielmehr hat die Europäische Zentralbank (EZB) durch den Kauf italienischer und spanischer Staatsanleihen stabilisierend eingreifen müssen, um zu verhindern, dass nunmehr diese beiden Staaten zahlungsunfähig werden könnten. Die Gründe dafür liegen nicht allein darin, dass die ESFS substantielle Aufgabenerweiterungen ohne Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel erhalten hat, was die Glaubwürdigkeit effektiver Krisenintervention in Frage stellt. Sie liegen auch nicht primär darin, dass die Maßnahmen gemäß den EU-Ratsbeschlüssen noch nicht umgesetzt werden können, weil die nationalen Parlamente noch nicht die nötige Ratifizierung vorgenommen haben. Unzweifelhaft wirken sich beide Faktoren nachteilig aus. Zudem werden Banken und institutionelle Anleger in den derzeitigen Beschlüssen nur in geringem Maße an einer Konsolidierung beteiligt. Sie sollen gut ein Fünftel auf ihre Staatsanleihen abschreiben. Schon jetzt haben diese einen deutlich geringeren Wert.

Die bisherige Rezeptur der deutschen Bundesregierung zur Überwindung der Krise in der Eurozone zeigt also keine Erfolge. Seit über einem Jahr hangelt sich Griechenland von Hilfskredit zu Hilfskredit, die Halbwertszeit notwendiger Rettungspakete sinkt kontinuierlich. Es zeigt sich somit, dass auch die Brüsseler Beschlüsse von 21. Juli zwar in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht weit genug gehen. Deutlich wird durch die jüngsten Zuspitzungen der Krisenerscheinungen, dass neben einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte vor allem Maßnahmen notwendig sind, die es in der Zukunft unmöglich machen, die Staaten der Eurozone durch Finanzmarktspekulationen gegeneinander auszuspielen. Die ökonomischen wie politischen Folgen dieses nach wie vor nicht wirksam unterbrochenen Mechanismus können ansonsten immer bedrohlichere Dimension für die Stabilität der Eurozone gewinnen.

IV.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- ihren europafreundlichen Kurs und die vertrauensvolle und intensive Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union unbeirrt fortzusetzen. Die Europäische Union bietet den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz große Chancen und Möglichkeiten. Zum europäischen Einigungsweg gibt es aus rheinland-pfälzischer Sicht keine Alternative;

- im Rahmen ihrer Möglichkeiten für mutige europäische Ansätze für die Lösung dieser Krise einzutreten. Die Länder und die Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, vielmehr muss eine solidarische Lösung verfolgt werden. Eine Lösung, die in den besonders betroffenen Ländern Mut gibt, dass die notwendigen Anpassungsmaßnahmen Raum für neue wirtschaftliche Möglichkeiten schaffen, damit die EU sozial und ökologisch neu ausgerichtet wird;
- sich entschieden für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Sie trägt dazu bei, rein spekulative Finanzgeschäfte einzudämmen, gewährleistet aber vor allem auch, dass der Finanzsektor einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leistet.

Für die Fraktion der SPD:

Für die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:

B. Söllner-Roth